

Verständnis... Die Welt... Unterhaltung und Wissen...
Verständnis... Die Welt... Unterhaltung und Wissen...
Verständnis... Die Welt... Unterhaltung und Wissen...

Verlag: Dresden
Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile 20 J. Familien-
anzeigen und Stellenangebote 20 J. Die Verteilungsgelde,
in 10 Minuten, 1. A. Offiziellgebühren 20 J. Im Falle
höherer Gewalt erlischt jede Verantwortlichkeit auf Lieferung sowie
Verfüllung u. Anzeigen-Verträgen u. Verteilung v. Schabernack.
Gesamthändler: Dr. W. Zschyge, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Killbühl 1, Postfach 17, Telefon 50711
und 21012.

Die „Stärke“ der Deutschen Volkspartei

Die Stellung der Deutschen Volkspartei zum Reichsschulgesez war ursprünglich recht stark. Das böse Zentrum aber hat mit dem Austritt aus der Koalition gedroht. Das hat genügt, um die Stärke der Deutschen Volkspartei in Schwäche zu verwandeln. So ist dann die Deutsche Volkspartei bei den Beratungen im Ausschusz „die Gebende“ gewesen. Ja, sie hat sogar einen liberalen Grundsat; über Bord geworfen und der Einsichtnahme der Kirche in den Religionsunterricht zugestimmt. Teuflicher Wahn jener Protestanten, die in dieser Frage mit dem Zentrum einig wurden, und damit wieder einmal vergaßen, daß es in Kulturfragen keine Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche in Deutschland geben darf, weil Rom ja bekanntlich keine „Schwesterkirche“ neben sich duldet, und weil damit die andere Kirche der katholischen einen Dienst erweisen würde. Damit ist wieder einmal „die Gewissensfreiheit des Einzelchristen“ in Gefahr. In diesen und ähnlichen Variationen ergeben sich erneut die „Leipziger neuesten Nachrichten“ über den bekannten liberalen Standpunkt zur Schulfrage. (Vergl. den Leitartikel „Schwesterkirche“ in Nr. 13). Der Diplomatensprache entkleidet will dieser Leitartikel anscheinend besagen: Der Protestantismus möge lieber auf die Verankerung der christlichen Grundsätze im Reichsschulgesez (zu denen auch die Einsichtnahme in den Religionsunterricht gehört) verzichten, als diesen allgemein-christlichen Forderungen zustimmen, um nur ja nicht der katholischen Kirche eine Konzession zu machen!

Das ist Liberalismus in Reinkultur. In diesen Ausführungen zeigt er seine altbekannten historischen Gesichtszüge: Lieber die ganze Welt verderben, als etwas befürworten, was gleichzeitig der katholischen Kirche nützen könnte. Diesen Vorstoß gegen den gesunden Menschenverstand hätte man sich getrost sparen können. Denn wenn man schon glaubt, daß sich die Deutsche Volkspartei bei den bisherigen Ausschuszberatungen des Reichsschulgesezes als ein schlechter Börsemakler erwiesen hat, so übersteht diese Denkwiese doch etwas sehr Wesentliches: Ein Schulgesez mag für die V. N. A. eine Art von Vorkauf sein. Für uns bleibt es eine Frage der Weltanschauung und der Glaubensüberzeugung. Wenn man so gern ganz allgemein Achtung vor der Glaubensüberzeugung Andersdenkender fordert — auch der Liberalismus tut das —, dann sollte man erst recht bei Beurteilung der Verhandlungen im Bildungsausschusz des Reichstages Maßstäbe anlegen, die nicht dem Requisite eines Tuchhändlerladens oder einer Kohlenhandlung entsprechen.

Soviel zu der Mentalität des Liberalismus. Aber er irrt noch mehr, wenn er bei dem jetzigen Stand der Dinge eine restlose Befriedigung der katholischen Schulwünsche zu erkennen glaubt. Es gibt bekanntlich unverrückbare Grenzen für unser Entgegenkommen. Eine Nachgiebigkeit darüber hinaus haben die liberalen Parteien niemals zu erwarten gehabt. Insofern hatte allerdings der Liberalismus die Macht in den Händen. Es lag an der Deutschen Volkspartei, die Einigung zu ermöglichen, die jedem das Seine gibt, und die sowohl mit der Reichsverfassung als auch mit wahrem liberalen Denken durchaus vereinbar wäre. So läuft der ganze Endkampf schließlich darauf hinaus, ob sich der Liberalismus bereit finden wird, rückhaltlos auf den Boden der Gewissensfreiheit zu treten. Von Zentrumsseite wird in keiner Weise verhehlt, daß der Entwurf in seinem jetzigen Stadium die Wünsche des katholischen Volksteiles noch keineswegs restlos befriedigt. Das geht u. a. daraus hervor, daß das Zentrum die Neufassung der Bestimmungen über die Einsichtnahme in den Religionsunterricht nicht mit unterschrieben hat. Zwar ist im Gesez das Delegationsrecht der Bischöfe einwandfrei festgelegt, damit wäre für Sachsen bereits ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Es ist aber bekannt, daß Teile der Deutschen Volkspartei auch gegen diese neue Fassung dieses Einsichtparagrafen noch heftig Sturm laufen mit dem Ziele, diese Frage überhaupt aus dem Reichsschulgesez auszusondern. Die vom Liberalismus und Sozialismus im Bildungsausschusz durchgesetzten Bestimmungen über den Begriff des geordneten Schulbetriebes bezeugen weiterhin dem größten Mißtrauen. Zu einem Prüfling entscheidender Art ist aber besonders der Paragraph 20, der letzte des Entwurfes, geworden, der Sonderbestimmungen für die Simultanschulländer vorsieht.

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhaltung und Wissen“.

Der „Zwiefpalt“ im Zentrum

Ueberflüssige Privatbriefe

Die Presse ist wieder einmal erfüllt vom Geschrei über einen neuen Zwiefpalt in der Zentrumsparlei. Zweimal im Tage weiß die liberale Presse darüber Neuigkeiten zu berichten. Die Zentrumsanhängerschaft ist dieses Schauspiel nachgerade gewöhnt, sie läßt sich dadurch nicht irre machen. Dennoch empfiehlt es sich, gegenüber den zum Teil geradezu grotesken Uebertreibungen der Gegner die Tatsachen klar zu stellen.

Meinungsverschiedenheiten gibt es in jeder Partei. Eine solche Meinungsverschiedenheit war im Zentrum entstanden bei Verabschiedung der Besoldungsreform. Wir haben darüber berichtet. Eine Anzahl von Zentrumsabgeordneten glaubte der Erhöhung der Beamtengehälter nur zustimmen zu können wenn gleichzeitig die Verwaltungsreform sichergestellt würde. Diese Auffassung war sachlich durchaus zu verteidigen, nicht zu verteidigen aber war es, daß der Abg. Stegerwald einen sehr mißverständlichen Privatbrief an eine Magdeburger Zeitung schrieb, in dem absprechende Urteile über die Leistungen der Beamten so zitiert waren, daß man meinen konnte, der Verfasser habe identifiziert sich mit diesen Urteilen. Der alte Blindhorst hat immer wieder erklärt, man solle keine Privatbriefe schreiben. Auch dieser Privatbrief ist selbstverständlich veröffentlicht worden, wir haben das wesentliche s. Z. daraus wiedergegeben. Stegerwald selbst hat gegenüber den Angriffen die er im Reichstag deshalb erfuhr, im Reichstag erklärt, es habe ihm ferngelegen, den Beamten irgendwie zuzunähe zu treten.

Im gleichen Sinne hat nun der Reichskanzler Marx, leider ebenfalls in einem Privatbriefe, kürzlich auf eine Beschwerde geantwortet, die der katholische Lehrerverband wegen der Neuherung Stegerwalds bei ihm eingereicht hatte. (Nach darüber haben wir kürzlich berichtet.) Der Reichskanzler hat in diesem Briefe auch folgenden Satz gebraucht:

„Die stärkste Ablehnung des von Herrn Dr. Stegerwald und einigen Gewerkschaftssekretären eingenommenen Standpunktes hat sich doch wohl darin gezeigt, daß der Reichstag mit einer so überwältigenden Mehrheit die Besoldungsreform angenommen hat und daß auch in der Zentrumsfraktion nur wenige Abgeordnete gegen die Vorlage gestimmt haben.“

Dieser Satz hat merkwürdigerweise Herrn Stegerwald und andere Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung sehr verstimmt. Das Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ griff den Reichskanzler an, ebenso der sonst

mit Stegerwald keineswegs immer übereinstimmende Abgeordnete Imbusch (diese Neuherung geben wir an anderer Stelle wieder), auch der erweiterte Vorstand der christlichen Gewerkschaften hat gegen Marx Stellung genommen. Stegerwald hat dem Fraktionsvorsitzenden v. Guérard mitgeteilt, daß er sein Amt als zweiter Vorsitzender der Fraktion solange nicht ausüben könne, solange die zwischen ihm und dem Reichskanzler schwebenden Differenzen nicht beseitigt seien. Der Reichsparteivorstand der Zentrumsparlei ist nun auf den 24. Januar und der Reichsparteiausschusz auf den 29. Januar nach Berlin berufen worden, um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Aus diesem Tatbestand ist klar, daß es sich um eine persönliche Differenz handelt, die bei einigem guten Willen auf beiden Seiten sicher leicht beseitigt werden kann. Wenn die liberale Presse im Anschluß an diese Vorgänge Sensationmeldungen brachte etwa dert., daß die Stellung des Kanzlers schwer erschüttert sei, so ist das in den Tatsachen auf keine Weise begründet. Man höf auf diese Weise lediglich, das Zentrum abzulenken von den schwierigen Fragen, die gegenwärtig in der Regierungskoalition zu lösen sind, vor allem seine Stellung in der Schulfrage dadurch zu schwächen.

Wir möchten für unseren Teil der Meinung Ausdruck geben, daß auch die Stellung des Parteichefs Marx durch diese Vorgänge in keiner Weise berührt wird. Wenn man in den Kreisen am Stegerwald sich besonders über die Wendung in dem Privatbriefe des Kanzlers „Stegerwald und einige Gewerkschaftssekretäre“ entrüstet hat, so möge man doch bedenken, daß Stegerwald die ganze Auseinandersetzung seinerseits durch einen Privatbrief verschuldet hat, in dem viel mißverständlichere Neuherungen enthalten waren. Daß eine Entschlichung des Vorstandes der christlichen Gewerkschaften und Rundgebungen von christlichen Gewerkschaftsführern in dieser Frage erfolgen, statt daß man diese Angelegenheit zunächst einmal den Parteinstanzen zur Entscheidung vorgelegt hätte, erscheint uns als ein weiterer Mißgriff. Es ist ganz unendlich, daß man es so darstellt, als sei die Ehre der ganzen christlichen Arbeiterschaft verletzt worden, weil einige Führer sich in ihrem Selbstbewußtsein verletzt fühlen. Wir geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Parteinstanzen keinem Versuch von außen her einen Druck auszuüben nachgeben werden, sondern denen, die den völlig überflüssigen Konflikt verschuldet haben, ihre Meinung mit aller Schärfe und Klarheit um Ausdruck bringen werden.

Die Deutsche Volkspartei vertritt hartnäckig die überspannte Forderung, daß in den Ländern Baden, Hessen und Nassau die Simultanschule auf die Dauer ohne jede Frist erhalten und geschützt bleiben müsse. Das Zentrum kann sich mit dieser Forderung nicht abfinden. Sie würde die Katholiken der genannten Länder unter ein Minderrecht stellen. Vor allem sieht man aber auch die Gefahr, daß auch andere Länder das Bestreben tragen, unter diesen Schutz der Simultanschulländer aufgenommen zu werden. Unter ihnen ist ja bekanntlich einer der bedeutendsten Anwärter der Freistaat Sachsen. Das Schicksal unserer wenigen katholischen Schulen hier in Sachsen ist also mit der Festigkeit des Zentrumsparlei in diesem Punkte auf das engste verbunden.

Es hat wenig Reiz, bei dem unberechenbaren Stände der Verhandlungen über das endgültige Zustandekommen oder Nichtzustandekommen des Gesezes in philosophieren. Im Zentrum ist man sich sehr klar darüber, daß sich die Deutsche Volkspartei nach vor Beginn der zweiten Lesung nicht entschließen müssen, ob sie das Reichsschulgesez will oder ob sie es nicht will. Diese Entscheidung liegt also nur noch bei der Deutschen Volkspartei. Uns will über scheinen, daß diese Lage von der Deutschen Volkspartei weniger als Stärke, denn als drückende Sorge und unangenehmer Zwang zum Karbekenennen empfunden wird. Wir haben stets betont, daß wir aus nationalen und aus Gewissensgründen heraus das größte Interesse an der Verabschiedung des Reichsschulgesezes haben. Keinen Augenblick aber haben wir dabei die Verhandlungspartner darüber im unklaren gelassen, daß für uns das Gesez sofort unannehmbar werden würde, wenn es die Grundforderungen der Gewissensfreiheit nicht erfüllt. Das heißt aber, wenn wir den Bestimmungen über Bekenntnisschule, Religionsunterricht und Elternrecht aus

Gewissensgründen unsere Zustimmung verweigern müßten, wenn in den Simultanschulländern die Bekenntnisschule nicht ermöglicht würde, oder wenn die unerwünschten Rechte der Kirche in Fragen des Religionsunterrichtes preisgegeben werden müßten. In allen diesen Punkten gibt es für uns keine Verhandlungsgegenstände im Sinne des Handelns und Teilnehmens. Und sollten die uns nahe stehenden Parteien wirklich den Mut aufbringen, das Gesez an solchen Grundfragen zum Scheitern zu verurteilen, dann wäre das ein trauriger Schlag für Volk und Reich. Wir wünschen nicht, daß es dazu kommen möge. Wie die Dinge liegen, würde aber das katholische Volk die Haltung der Zentrumsparlei sehr wohl verstehen, ebenso gut wie es eine Preisgabe unbänderlicher Gewissensgrundsätze nie verstehen würde. Dann müßte, so schwer besonders uns in Sachsen diese Lösung fallen würde, unsere gegenwärtige Devise: „Wir wollen ein Reichsschulgesez und zwar ein gutes!“ dem neuen Gebot der Stunde weichen: Lieber kein Reichsschulgesez als ein schlechtes!

Die Entscheidung liegt also auch heute noch bei der Deutschen Volkspartei, mag sie diese Tatsache nun als ihre Stärke empfinden oder als Schwäche. Sie hat die Wahl, entweder auf ihren Forderungen zu beharren, damit gegen die vitalsten kulturpolitischen Interessen des Reiches zu verfahren, und dadurch eine gesunde Fortentwicklung des deutschen Volksschulwesens auf Jahre hinaus zu unterbinden, oder aber ihre Auffassung von der „Gewissensfreiheit des Einzelchristen“ im Sinne des jetzigen Entwurfes zu residieren. Wenn es der Deutschen Volkspartei um diese Gewissensfreiheit des Einzelchristen ganz ernst sein wird, dann erst besteht die Hoffnung auf endgültige, harmonische Lösung der deutschen Schulfrage.

M. D.